

Praxisbudgets

Keine Zweifel mehr am Vorgehen der KBV

Die Zweifel an der sachgerechten Ermittlung der Basisdaten für die Praxisbudgets sind ausgeräumt. Dies erklärten Vertreter der ärztlichen Berufsverbände und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung im Anschluß an eine zweitägige Sitzung, bei der die KBV die Methodik zur Ermittlung der Betriebskosten und Praxisbudgets in allen Einzelheiten offenlegte. Zweifel am Vorgehen der KBV hatte der neue Berliner KV-Vorsitzende Dr. Manfred Richter-Reichhelm auf der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung im Dezember geäußert.

Als Dr. Manfred Richter-Reichhelm im Dezember vergangenen Jahres seine Zweifel an der Methodik zur Ermittlung der Praxisbudgets vorgetragen hatte, blieben im wesentlichen vier Fragen offen. Sind die Umsätze und Kosten der Arztpraxen auf der Basis des Jahres 1994 korrekt ermittelt? Ist der notwendige Repräsentationsgrad für die jeweiligen Arztgruppen erreicht? Hat die KBV bei der Ermittlung der Daten die Bestimmungen des Gesetzes zur Kostenstrukturstatistik eingehalten? Und schließlich: Sind die Praxisbudgets fehlerhaft festgelegt worden?

An Ort und Stelle ließen sich diese Fragen nicht im Detail klären. Dr. Winfried Schorre, der Vorsitzende der KBV, bot deshalb eine gemeinsame Sitzung mit den Vertretern der ärztlichen Berufsverbände an, die Anfang Februar in Köln stattgefunden hat. Das wichtigste Ergebnis im Wortlaut der gemeinsamen abschließenden Erklärung: „Die gemeinsame Analyse hat nach übereinstimmender Auffassung der Beteiligten ergeben, daß kein Anlaß besteht, an der Seriosität und Intensität der Arbeit der KBV an der sachgerechten Erstellung der zur Errechnung von Praxisbudgets erforderlichen Daten zu zweifeln.“

Daß Richter-Reichhelm keineswegs leichtfertig Zweifel am Vorgehen der KBV geäußert hat, geht gleichfalls aus der Erklärung hervor. Es heißt: „Bei einer rechtzeitigen Aufklärung von Zweifelsfragen ... hätte keine Veranlassung bestanden, ... die Seriosität der statistischen Grundlagen zur Erstellung von Praxisbudgets in der Öffentlichkeit zu thematisieren.“ So

hatte vor allem der Berufsverband der Urologen angenommen, daß die Kostenbeurteilung trotz Angabe auch anderer Datenquellen ausschließlich auf Daten des Statistischen Bundesamtes beruhe. Für sich genommen wäre die-

Tabelle		
Auswertung der Rückläufe nach Kassenärztlichen Vereinigungen		
KV	Verwertbare Fragebögen	Ablehnungen
Schleswig-Holstein	8,36%	1,68%
Hamburg	6,79%	1,10%
Bremen	14,32%	0,21%
Niedersachsen	4,64%	0,88%
Westfalen-Lippe	7,13%	1,48%
Nordrhein	5,60%	0,93%
Hessen	5,96%	0,96%
Rhein Hessen	6,39%	1,39%
Koblenz	6,74%	1,76%
Pfalz	5,11%	1,68%
Trier	6,07%	1,82%
Nordbaden	5,94%	1,51%
Südbaden	5,01%	2,27%
Nord-Württemberg	6,31%	1,21%
Südwestfalen	8,58%	1,02%
Bayern	5,18%	1,53%
Berlin	6,53%	0,76%
Saarland	5,15%	3,27%
Mecklenburg-Vorpommern	5,55%	0,38%
Brandenburg	6,47%	0,71%
Sachsen-Anhalt	6,51%	1,45%
Thüringen	7,84%	0,72%
Sachsen	5,49%	1,00%

se Basis nicht repräsentativ. Anfragen an die KBV sind offenbar nicht zur Zufriedenheit der ärztlichen Berufsverbände beantwortet worden. Deshalb hatte sich Richter-Reichhelm entschlossen, die Zweifel auch öffentlich auf der Vertreterversammlung vorzubringen. Inzwischen ist klar, daß die

KBV alle ihr verfügbaren Daten zur Ermittlung der Praxisbudgets herangezogen hat, die erforderliche Repräsentativität allerdings nur durch eine statistisch schwierige Zusammenführung von Daten aus unterschiedlichen Quellen erreichen konnte. Restzweifel bestehen derzeit nur noch an der systemgerechten Abgrenzung von GKV- und PKV-Kostenanteilen. Hier sollen – sofern möglich – zusätzliche Datenquellen einbezogen werden. Die Ergebnisse der Fragebogenaktion, mit der die Kassenärztliche Bundesvereinigung die Treuhandgesellschaft KPMG beauftragt hatte, könnten dazu dienen. Die Ende September eingeleitete empirische Datenerhebung zur Praxis- und Kostenstruktur hatte zunächst nur einen geringen Rücklauf – so gering, daß die KBV bereits an die Einstellung der Aktion dachte. Mitte Januar lag die verwertbare Rücklaufquote dann aber doch bei mehr als sechs Prozent, so daß valide Ergebnisse zu erwarten sind. Nach wie vor können ausgefüllte Fragebögen eingereicht werden. In einer der nächsten Ausgaben wird das Deutsche Ärzteblatt einen detaillierten Beitrag der KPMG mit Zwischenergebnissen der Umfrage (siehe Tabelle) dokumentieren. In dem Beitrag geht die Treuhandgesellschaft ferner auf Kritik ein, die an der Aktion an sich und am Inhalt des Fragebogens geübt worden ist.

Die jetzt noch zu lösenden Probleme bei der Ermittlung sachgerechter Grundlagen für die Errechnung von Praxisbudgets will die KBV gemeinsam mit den ärztlichen Berufsverbänden klären. Die Gesprächsrunde, so die gemeinsame Erklärung, solle – auch für andere anstehende Probleme der vertragsärztlichen Versorgung – fortgesetzt und im Sinne einer „Konzertierten Aktion“ auf Dauer eingerichtet werden. Josef Maus